IPCC-Report: Nachhaltige Wirtschaft fordert echte Konsequenz beim Klimaschutz

geschrieben von Andreas | 4. April 2022

Berlin, 04.04.22: Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) fordert anlässlich der Veröffentlichung des Sachstandsberichts des Weltklimarats IPCC konsequente Maßnahmen zur Bewältigung der Klimakrise. Der dritte Teil des Berichts befasst sich mit den Handlungsoptionen, um die Klimakrise abzuwenden. Dabei wird deutlich: Die Politik muss jetzt schnell alles dafür tun, um Emissionen zu reduzieren.

„Die globale Erderhitzung darf 1,5 Grad Celsius nicht überschreiten. Dafür müssen wir jetzt konsequent und radikal handeln – vor allem wir als Industrieland“, sagt Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin des BNW. Staaten müssen jetzt drastisch ihre Emissionen senken: allen voran die Industrieländer, die eine besondere historische Verantwortung tragen. „Klimaschutz ist purer Eigennutz – das erkennen auch immer mehr Unternehmen. Die Bundesregierung muss jetzt dafür sorgen, dass sich Klimaschutz auch rechnet, unter anderem mit einem Abbauplan klimaschädlicher Subventionen“, appelliert Reuter weiter. Denn noch immer fließen allein in Deutsch-land jährlich 60 Milliarden Euro in steuerliche Begünstigungen für Kerosin, Diesel- und Dienstwagenprivilegien. „Angesichts des IPCC-Berichts ist es absurd, dass sich Deutschland im Jahr 2022 noch Subventionen leistet, die dem Klima schaden“,

unterstreicht Reuter.

Der IPCC-Report zeigt: Noch besteht die Möglichkeit, die Klimakrise abzuwenden. Der Schlüssel liegt in der deutlichen Erhöhung der Klimaschutzanstrengungen. „Wir stehen an einem historischen Scheideweg. Die Bundesregierung muss mit aller Kraft die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft vorantreiben. Denn diese Transformation schützt nicht nur das Klima, sondern schafft auch zukunftssichere Arbeitsplätze und sichert den Wirtschaftsstandort Deutschland“, sagt Reuter.

BNW fordert konsequente Wärme-, Energie- und Verkehrswende

Der IPCC-Report sowie der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und seine ökonomischen Folgen führen uns vor Augen: Um krisenresilient zu werden, müssen wir uns von fossilen Energieträgern verabschieden. Deutschland braucht dafür jetzt auch schnelle Erfolge im Bereich der Energieeffizienz und des Energiesparens. Und: „Die Bundesregierung muss endlich eine echte Verkehrswende einleiten. Die im Koalitionsvertrag beschriebenen Maßnahmen reichen bisher nicht aus, um die CO2-Emissionen im Verkehrssektor konsequent zu mindern“ so Reuter.

Die Bundesregierung veröffentlicht in diesem Jahr ihr Klimaschutzsofortprogramm, die anstehenden Oster- und Sommerpakete sollen dabei wirksame Lösungen hervorbringen. „Leider ist Deutschland noch weit vom gesetzlich vorgeschriebenen 1,5 Grad-Pfad entfernt. Die Bundesregierung muss jetzt liefern, die Abhängigkeit von Öl, Kohle und Gas schnellstmöglich beenden und den Weg freimachen für den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien“, betont die BNW-Geschäftsführerin.

Pressekontakt:
Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V.
Dr. Katharina Reuter, Geschäftsführerin
reuter@bnw-bundesverband.de
+49 178 448 19 91

Agentur Ahnen&Enkel
Kai Weller
weller@ahnenenkel.com

Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft (BNW e.V.)
Der Bundesverband Nachhaltige Wirtschaft e.V. (BNW) ist die politische Stimme der nachhaltigen Wirtschaft und setzt sich als unabhängiger Unternehmensverband für den Umwelt- und Klimaschutz ein. Mit seinen 540 Mitgliedsunternehmen steht der BNW inzwischen für mehr als 120.000 Arbeitsplätze.
www.bnw-bundesverband.de